

### Sozialstatistische und demographische Daten - Fakten - Probleme

Forschungsbericht / research report

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). (1983). *Sozialstatistische und demographische Daten - Fakten - Probleme*. Leipzig. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-385367>

**Nutzungsbedingungen:**

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

**Terms of use:**

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

**ZENTRALINSTITUT FÜR JUGENDFORSCHUNG**



Sozialstatistische und demographische  
Daten - Fakten - Probleme

Bearbeiter: Dr. sc. paed. A. Pinther

Gesamtverantwortung: Prof. Dr. habil. W. Friedrich

Leipzig, Oktober 1983

## Inhaltsübersicht

	Blatt
1. Bevölkerungsgröße, Bevölkerungsgruppen, Bevölkerungsbewegung	4
1.1. Bevölkerungsbewegung DDR (Bilanz)	5
1.2. Geburtenentwicklung	6
1.3. Bevölkerungsreproduktion	9
1.4. Nichtehelecht Geborene	10
1.5. Lebensgemeinschaften	10
1.6. Ehescheidungen	11
1.7. Rückgang von Eheschließungen	13
2. Territoriale Probleme	15
3. Entwicklung der Wohnverhältnisse	19
4. Spezielle Probleme der Arbeitskräfte	21
5. Konsumverhalten der Bevölkerung in einigen Marktbereichen	22
6. Erkrankungen - Arbeitsunfähigkeit	24
6.1. Geschlechtskrankheiten	25
6.2. Krebserkrankungen	25
6.3. Diabetes mellitus	26
6.4. Kinder und Jugendliche mit geistigen Störungen	27
6.5. Krankenstand DDR / Krankenstand Jugendliche	27
7. Unfälle und Getötete im Straßenverkehr	29
8. Bevölkerungsprognosen	31
8.1. Zur Entwicklung der Gesamtbevölkerung der DDR	32
8.2. Zur Geburtenentwicklung	33
8.3. Zur Entwicklung Jugendlicher in den kommenden Jahren	34
8.4. Jugendliche mit Abschluß der Berufsausbildung bzw. der Erweiterten Oberschulen	35
8.5. Entwicklung ausgewählter Altersgruppen an der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter	38
9. Quellenverzeichnis	39

Die dritte Folge unserer Berichterstattung folgt anforderungsgemäß bereits nach 8 Monaten.

Das hat Konsequenzen, da hierfür weniger Quellenmaterial zur Verfügung steht als bei Jahresabständen, z. B. fehlt noch das "Statistische Jahrbuch der DDR" 1983.

Wir bitten wiederum um kritische Hinweise zur Verbesserung künftiger Analysen.

1. Bevölkerungsgröße, Bevölkerungsgruppen, Bevölkerungsbewegung

Um den Standort der DDR hinsichtlich der Bevölkerungsgröße und der Reproduktionsrate zwischen 1979 und 1980 zu verdeutlichen, zunächst ein internationaler Vergleich:

Bevölkerungsgröße und Zuwachsraten (Europa)

je 1000 der Bevölkerung

	Bevölk./ Mio	Ge- burten	Ge- storbene	jährl. Zu- wachsrate
<u>Sozialistische Länder</u>				
Bulgarien	8,7	15	11	4
CSSR	15,2	16	12	4
DDR	16,8	14	14	0
Ungarn	10,7	14	14	0
Polen	35,0	19	10	9
Rumänien	22,0	19	10	9
Jugoslawien	22,1	17	9	8
UdSSR	262,4	18	10	8
<u>Kapitalistische Länder</u>				
BRD	61,8	10	12	- 2
Belgien	9,9	13	11	2
Dänemark	3,1	12	11	1
Frankreich	53,6	15	10	5
Österreich	7,5	11	12	- 1
Niederlande	14,1	12	8	4
Norwegen	4,1	13	10	3
Schweden	8,3	12	11	1
Schweiz	6,3	11	9	2
Großbritannien	55,8	13	12	1

Diese Zahlen, entnommen "Population", Paris 1980, sind nur grobe Richtwerte. Sie zeigen aber, daß die Zuwachsrate der sozialistischen Länder insgesamt höher ist als die der kapitalistischen Länder.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Bevölkerungsreproduktion zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern unterschiedlich determiniert ist, wobei die Gesamtheit der sozial-ökonomischen Bedingungen in Rechnung gestellt werden muß.

Ungeachtet der insgesamt positiven Ausgangssituation müssen spezielle demographische Wellen innerhalb der letzten Jahre und auch für die folgenden Jahre beachtet werden. Sie beeinflussen in erheblichem Maße gesellschaftliche Prozesse.

Einige, für die DDR wesentliche Bewegungen in Vergangenheit und Zukunft werden im folgenden untersucht und dargestellt.

### 1.1. Bevölkerungsbewegung DDR (Bilanz)

Die allgemeinsten demographischen Bedingungen für die Gestaltung des ökonomischen Reproduktionsprozesses sind die Größe der Bevölkerung sowie der Anteil der Bürger im arbeitsfähigen Alter.

Bis zu Beginn der 70er Jahre war in der DDR ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, der mit einer Abnahme der Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung einherging. Seither wurden positive Struktureffekte wirksam, die zu einer Zunahme der Personen im arbeitsfähigen Alter führten. Das Ausgangsniveau von 1955 wurde erstmalig 1982 wieder erreicht.

Interessante Veränderungen zeigten sich im "Lebensbaum" der Geschlechter im arbeitsfähigen Alter:

1955 entfielen im arbeitsfähigen Alter auf 100 weibliche Personen 84,4 männliche. 1982 entfielen dagegen 102 männliche auf 100 weibliche Personen im arbeitsfähigen Alter. Erst gegen 2 000 (also nach 15 - 20 Jahren) werden die kriegsbedingten Störungen der Alters- und Geschlechterstruktur eliminiert sein. Dann ist mit der Annäherung an den Normalwert (112 männliche auf 100 weibliche Personen im arbeitsfähigen Alter) zu rechnen.

Bevölkerung der DDR in 1 000 Pers.,

Jahr	insgesamt	darunter im arbeitsfähigen Alter <sup>1</sup>		
		männlich	weiblich	Anteil ges.
1955	17 832,2	5 220,8	6 181,7	63,9 %
1965	17 039,7	4 789,3	5 127,0	58,2 %
1970	17 068,3	4 870,4	5 010,7	57,9 %
1975	16 820,2	5 031,7	5 014,7	59,7 %
1980	16 739,5	5 323,9	5 256,7	63,2 %
1982	16 697,4	5 441,6	5 243,6	64,0 %

<sup>1</sup> arbeitsfähiges Alter wird hier berechnet für Männer von 15 bis unter 65 Jahre, für Frauen von 15 bis 60 Jahre zuzüglich 5/12 der 14- bis unter 15jährigen.

Gegenüber der Zahl der Frauen im arbeitsfähigen Alter liegt der tatsächliche Beschäftigungsgrad der Frauen natürlich stets etwas niedriger. Dennoch konnte eine kontinuierliche Zunahme gegenüber den Vorjahren verzeichnet werden. Die Erhöhung des Frauenbeschäftigungsgrades bildete eine wesentliche Voraussetzung für Fortschritte in unserer Volkswirtschaft, für die praktische Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen, für ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Eine wesentliche Grundlage dafür war der Ausbau eines Netzes von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Über den Anstieg des Beschäftigtengrades weiblicher Arbeitsfähiger unterrichtet die Tabelle:

1950	1960	1970	1975	1980
49,2	69,8	81,9	86,5	89,1 %

1.2. Geburtenentwicklung

Durch die seit dem VIII. und besonders seit dem IX. Parteitag der SED wirksam gewordenen sozialpolitischen Maßnahmen sind die Bedingungen und die Ergebnisse der Bevölkerungsreproduktion in unserem Land entscheidend verändert worden.

Die Zahl der Lebendgeborenen war 1980 mit 245 132 um 36,8 %

höher als 1974. Nahezu drei Viertel dieses Zuwachses werden auf die gewachsene Bereitschaft der Frauen und Familien zu mehr Kindern zurückgeführt. Damit hat sich bestätigt, daß unsere Gesellschaft in der Lage ist, durch eine den Interessen der Menschen entsprechende Sozialpolitik die Geburtenentwicklung zu beeinflussen. Der Zusammenhang von sozialpolitischen Maßnahmen und Geburtenanstieg darf allerdings nicht verabsolutiert, nicht linear im Sinne ständiger Kontinuität verstanden werden. Auf die Voraussetzungen zur Geburtensteigerung wurde in der zweiten Folge der Berichterstattung ausführlich eingegangen. Hier soll nur wiederholend betont werden: Geltende sozialpolitische Maßnahmen können nicht Jahr für Jahr ein steigendes Fruchtbarkeitsniveau zur Folge haben. Nach bisherigen Erfahrungen verläuft die Geburtenentwicklung zunächst kräftig ansteigend, um sich schließlich später auf einem höheren Niveau einzupendeln.

In den zurückliegenden beiden Jahren hat sich in der Tat der Geburtenanstieg nicht fortgesetzt. 1981 trat ein Geburtenrückgang gegenüber 1980 um 7,6 Tausend ein. 1982 beträgt die Zahl der Geburten 240,1 Tausend; das sind gegenüber 1980 5 000 weniger, gegenüber 1981 jedoch 2 600 mehr. Das jetzt erreichte Geburtenniveau entspricht den derzeitigen gegebenen Bedingungen und Möglichkeiten.

Die Formierung der Kernfamilie mit 1 - 2, selten 3 Kindern, ist zu einer Massenerscheinung geworden. Damit wird aber auch deutlich, daß auf längere Sicht die einfache Reproduktion der Bevölkerung nicht voll erreicht werden wird. Je Familie müßten im statistischen Durchschnitt 2,1 Kinder aufgezogen werden.

Nach empirischen Untersuchungen beträgt der Durchschnitt gewünschter Kinder 1,90. Etwa 60 % der Frauen wünschen 2 Kinder, etwa 20 % 1 Kind; 15 % wollen bei entsprechenden Voraussetzungen drei und mehr Kinder haben.



Der Kinderwunsch ist Teil einer komplexen Bedürfnisstruktur, in der neben diesem folgende Bedürfnisse eine Rolle spielen:

- das Bedürfnis, trotz der Kinder berufstätig zu sein und gute Leistungen zu vollbringen
- das Bedürfnis nach einem hohen Lebensniveau der Familie
- das Bedürfnis nach harmonischen Familienverhältnissen
- das Bedürfnis nach reichen sozialen Beziehungen im Umfeld der Familie und der Arbeitskollektive.

Junge Frauen sehen erhebliche Schwierigkeiten, sich für ein drittes Kind zu entscheiden. Ihre Bedenken richten sich vor allem gegen ihre derzeitigen Wohnverhältnisse, insbesondere die Zahl der Wohnräume, die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit, teilweise fehlende Krippenplätze, sinkendes Pro-Kopf-Einkommen der Familie, zu wenig Zeit zu haben für die Kinder.

Insofern kann die sinkende Zahl der Dritt- und Viertgeburten nicht verwundern. (1971 waren von 100 Geburten 23,5 % Dritt- und Viertgeborene<sup>1</sup>, 1980 betrug dieser Anteil nur noch 10,6 %.)

Ein Indikator für die stärker werdende Neigung zur 1-2-Kind-Familie ist die Lebendgeborenenfolge von Müttern unter 25 Jahren. Dies ist die Personengruppe mit dem höchsten Anteil am Geburtengeschehen (vgl. Tabelle).

Lebendgeborene von Müttern unter 25 Jahre  
nach der Lebendgeborenenfolge 1970 bis 1981

Mütter unter 25 Jahre	1970	1975	1978	1981
insgesamt	100	100	100	100
davon 1. Kind	66,1	73,8	71,6	71,1
2. Kind	25,9	23,2	25,4	25,9
3. Kind	6,3	2,5	2,6	2,6
4. Kind	1,3	0,4	0,3	0,4

<sup>1</sup> = Zeit vor der Freigabe der "Pille"

Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß mit dem 25. Lebensjahr die Geburtlichkeit nicht zu Ende ist (27 % bekommen später noch Kinder), läßt die Übersicht dennoch die geringe Neigung zu größeren Familien erkennen.

### 1.3. Bevölkerungsreproduktion

Seit 1979 übersteigt die Zahl der Geburten die Zahl der Gestorbenen. Das ist eine wünschenswerte Tendenz, die überdies von Jahr zu Jahr auf einen höheren Geburtenüberschuß hingeht. Dennoch kann trotz dieses Anstieges das aus der Vergangenheit verlorengegangene Bevölkerungsgleichgewicht noch nicht ausgeglichen werden, d. h. die einfache Reproduktion ist damit noch nicht gesichert. Dem Geburtenüberschuß der Jahre 1979 bis 1982 stehen erheblich größere Verlustziffern in den Jahren 1972 bis 1978 gegenüber (vgl. Tab.).

#### Geburten/Geburtenüberschuß seit 1955

	Geburtenüberschuß (+) / Verlust (-) insgesamt	auf je 1000 Bev.
-----		
1955	84 284	+ 4,6
1960	59 226	+ 3,4
1970	- 3 298	- 0,2
1971	- 83	± 0
1972	- 33 982	- 2,0
1973	- 51 624	- 3,0
1974	- 49 935	- 3,0
1975	- 58 591	- 3,5
1976	- 38 250	- 2,3
1977	- 3 081	- 0,2
1978	- 181	± 0
1979	+ 2 491	+ 0,1
1980	+ 6 878	+ 0,4
1981	+ 5 299	+ 0,3
1982	+ 12 113	+ 0,7

#### 1.4. Nichtehelecht Geborene

Bereits im ersten demographischen Überblick (1982) wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sich - entgegen vielen andersgerichteten Prognosen - die Zahl der Geburten unehelicher Mütter vergrößert. 1970 betrug der Anteil unverheirateter Mütter an den Geburten 13,3 %, 1979 19,6 %, 1981 wurden 55 998 Kinder von Müttern geboren, die nicht verheiratet waren. Das bedeutet, daß bei zirka jedem 4. Geborenen z. Z. die Eltern nicht verheiratet sind. In Berlin ergibt sich sogar ein Anteil von einem Drittel unehelich Geborener.

Diese Situation ist also zu einer typischen gesellschaftlichen Erscheinung geworden; sie kann nicht mehr als "zufällig" angesehen werden. Die Ursachen und Motive für die Geburt unehelicher Kinder sind noch nicht genügend wissenschaftlich gesichert.

Einmal ist davon auszugehen, daß diese jungen Mütter, die sich zur Geburt des Kindes entschließen, dies in der Gewißheit tun, daß ihre Kinder ohne Diskriminierung und in Geborgenheit der Gesellschaft aufwachsen.

Zum anderen ist die derzeit noch unbefriedigend gelöste Krippenfrage wahrscheinlich eine Ursache für das Ansteigen der unehelich Geborenen, da Kinder alleinstehender Mütter vorrangig mit Krippenplätzen versorgt werden.

In dem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß der auf den vorigen Seiten besprochene Geburtenzuwachs der letzten Jahre in wachsendem Maße ein Zuwachs der nichtehelich Geborenen war. Seit 1979 ist dies ausschließlich der Fall.

Es kann vermutet werden, daß diese Erscheinungen auch noch für weitere Jahre unsere Entwicklung begleiten werden, zumindest, bis der hohe Bedarf an Krippenplätzen für alle Mütter gedeckt werden kann.

#### 1.5. Lebensgemeinschaften

Dieses Thema wird neuerdings sehr häufig im kausalen Zusammenhang mit der Frage der unehelich Geborenen diskutiert. Da aber auch hierfür noch Ergebnisse wissenschaftlicher Motivationsforschung ausstehen, muß vor der Theorie einer absoluten Identität der beiden Erscheinungen gewarnt werden.

Lebensgemeinschaften können Ausdruck vieler Grundmotivationen sein. Sie ausschließlich dem "Unterlaufen" bestimmter sozial-politischer Maßnahmen anzulasten, wäre verfehlt und würde eine gesellschaftlich inadäquate Vorbewertung hervorrufen.

Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Wohnraumzählung vom 31. 12. 1981 weisen auf 153 000 Lebensgemeinschaften in der DDR hin. Das ist eine weitaus geringere Zahl, als ursprünglich erwartet werden mußte. Allerdings sollte dieses Ergebnis relativiert werden. Es ist zustandegekommen auf der Grundlage von Angaben der Bürger, die sich zu diesen Lebensgemeinschaften "bekennen". Die "Grauzone" dürfte indes weitaus größer sein.

Vorläufige, noch nicht gesicherte Erfahrungen lassen erkennen,

- daß das Zusammenleben in Lebensgemeinschaften durch Angehörige aller sozialstrukturellen Gruppierungen erfolgt. Lebensgemeinschaften sind daher nicht eine "Studentenangelegenheit" oder eine spezielle soziale Ausdrucksform Intellektueller oder anderer Schichten.
- daß für das Zusammenleben ohne Trauschein vielfach der Wunsch eine Rolle spielt, schon vor der Hochzeit partnerschaftliche Gemeinsamkeiten zu "probieren", sich im Hinblick auf die Beständigkeit der Gefühle und Lebensumstellung zu prüfen. So ist auch davon auszugehen, daß eine bestimmte Anzahl der in Lebensgemeinschaft wohnenden jungen Leute später einander heiraten.
- daß das Leben in Lebensgemeinschaften durch die Bevölkerung toleriert wird, allerdings mit dem Vorbehalt, daß es sich um relativ feste, nicht aber häufig wechselnde Partnerschaften handelt.

#### 1.6. Ehescheidungen

Zu diesem Problembereich wurde im ersten Bericht (Februar 1982) und auch in der zweiten Folge vom Februar 1983 ausführlich informiert.

Die tendenziell steigende Scheidungssituation stellt sich auch im abgelaufenen Jahr 1982 nicht wesentlich anders dar als in den Vorjahren. Im Jahr 1982 wurden 49 874 Ehen geschieden, das sind - ungeachtet der demographischen Entwicklungen und Veränderungen - 22 467 Scheidungen mehr als 1970 (1307 mehr als 1981).

Nach Berechnungen der Hochschule für Ökonomie gab es in den letzten 12 Jahren (1971 bis 1982) durchschnittlich 42 000 Ehescheidungen. Derzeit endet jede vierte bis fünfte Ehe wieder durch gerichtliche Scheidung. 1982 wurden doppelt so viel Ehen geschieden wie 1960.

Von 1 000 Ehen, die 1964 geschlossen wurden, waren drei Jahre später (1967) 60 wieder geschieden.

Von 1 000 Ehen, die 1977 geschlossen wurden, waren drei Jahre darauf (1980) 95 Ehen geschieden.

Von allen im Jahr 1964 geschlossenen Ehen waren 1980 22 % wieder geschieden.

Was die Ursachen der Ehescheidungen anbetrifft, wird verwiesen auf die ausführliche Kommentierung in der vorigen Berichterstattung (Seiten 10 - 14).

Hier soll noch einmal betont werden, daß eine harmonische Eheführung in der Regel auch einen fördernden Einfluß hat auf die Leistungsbereitschaft der Bürger im beruflichen Leben, und daß familiäre Konflikte, Zerrüttungen in der Ehe, nicht nur persönliches Leid hervorrufen, sondern vielfach auch einen leistungsmindernden Einfluß haben können. Ehekonflikte betreffen also nicht allein den privaten Bereich; Ehescheidungen wirken hinein in gesellschaftliche Prozesse bis hin zur Frage der Wohnraumzuweisung für Geschiedene.

Ein großer Teil der Ehescheidungen ist gleichzusetzen mit einer Familientrennung (rund 70 % der geschiedenen Ehen betrafen Kinder mit). Infolge des allgemeinen Scheidungsanstieges ist auch die Zahl der mitbetroffenen Kinder angestiegen. 1970 waren von den Folgen der Ehescheidung 32 650 Kinder betroffen, 1981 aber bereits 50 240. Angesichts dieser Erscheinung und ihrer Entwick-

lung ist es geraten, der Vorbereitung junger Menschen auf Ehe und Familie weitaus mehr Aufmerksamkeit durch alle mit der Erziehung befaßten Institutionen zu schenken als das bislang geschehen ist.

Der Anstieg der Scheidungen beweist, daß vielen jungen Menschen die Befähigung fehlt, sich auf ein gemeinsames Leben mit dem Partner einzustellen, das Probleme einschließt.

So müßten vor allem Erkenntnisse vermittelt werden, wie Konflikte entstehen können und wie sie zu lösen sind; weiterhin daß junge Partner sich vor der Ehe abstimmen über wesentliche Fragen, z. B. über die Toleranzgrenzen für eheliche Treue, über Gemeinsamkeiten ihrer Freizeitgestaltung, über Anteile und Kompetenzen bei Arbeiten im Haushalt, über Prinzipien der Kinderbetreuung und -erziehung, über ihre Stellung zu Eltern bzw. Schwiegereltern und auch über die Psychologie und Physiologie des Geschlechtslebens. In besonderem Maße sind Ehen gefährdet, deren beide Partner unter 20 bzw. 21 Jahre alt sind. Mangelnde Lebenserfahrung, ein Defizit in der Mitverantwortung für den anderen und vielfach eine relativ kurze Bekanntheitsdauer bis zur Eheschließung tragen zur Labilisierung dieser Ehen bei. Bei der Kenntnisvermittlung an junge Leute sollten die genannten Fragen eine stärkere Rolle spielen als bisher. Die Nützlichkeit der Haushaltskurse und der sexualaufklärerischen Belehrungen wird voll anerkannt; sie reicht aber nicht aus, um junge Leute auf die Probleme und Belastungen des Ehealltages vorzubereiten.

#### 1.6. Rückgang von Eheschließungen

Im Zeitraum von 1970 bis 1982 war die Häufigkeit von Eheschließungen durch einen starken Wechsel gekennzeichnet.

1970 wurden	130 720	Ehen geschlossen
1977 gab es	147 400	Eheschließungen
1982 heirateten	124 890	Paare.

Die unterschiedliche Geschlechterstruktur bzw. die gestörte Altersstruktur der DDR-Bevölkerung (v. a. der männlichen) hatte

Auswirkungen auf die Verheiratung bzw. auf die Anzahl Lediggebliebener.

Im Jahr 1970 waren unter den nichtverheirateten Personen über 18 Jahre 69 % Frauen und 31 % Männer.

1981 waren diese Anteile nur geringfügig anders. Es gab unter den Unverheirateten 63 % weiblichen und 37 % männlichen Geschlechts. Diese Disproportionen haben eine Massierung in den mittleren bis höheren Altersgruppen. Sie zeigen vor allem, daß die Möglichkeiten nichtverheirateter Frauen, überhaupt oder erneut einen Partner zu finden, sehr eingeschränkt sind. (Insofern erklärt sich z. B. auch der hohe Frauenanteil in den "Klubs der Alleinstehenden".)

Der Rückgang der Eheschließungshäufigkeit umfaßt allerdings nicht nur die eben genannten Altersgruppen, sondern auch junge Leute. So ist bei Frauen und Männern unter 26 Jahren seit 1977 ebenfalls eine Reduzierung der Heiraten zu konstatieren. Die Gründe sind noch nicht ausreichend erforscht. Es muß jedoch vermutet werden, daß hier ein Zusammenhang zur wachsenden Zahl der Lebensgemeinschaften besteht und daß wohl auch die besonderen Begünstigungen, die alleinstehende Mütter genießen (bevorzugte Krippenplätze, Mütterunterstützung bis zur Bereitstellung eines Krippenplatzes, finanzielle Unterstützung bei Pflege erkrankter Kinder, bevorzugte Wohnraumzuweisung), zur Veränderung des Heiratsverhaltens beigetragen haben. (Bei Eheschließung und Geburt eines Kindes kommen ja diese sozialpolitischen Maßnahmen nicht in Anwendung.) So kann von der Annahme ausgegangen werden, daß die Vorteile, die sich aus der Unterstützung alleinstehender Mütter ergeben, für manche jungen Paare als wesentlicher angesehen werden, als die Kreditvergabe an junge Ehepaare.<sup>1</sup>

Der Rückgang der Heiratshäufigkeit bei jungen Paaren sollte also nicht gleichgesetzt werden mit einem generellen rückläufigen

---

<sup>1</sup> Wegen der sinkenden Zahl von Eheschließungen ging die Zahl der Kreditausreichungen an die jungen Paare in den letzten Jahren zurück. Eine Ausnahme bildete 1981 (das Jahr, in dem die Anspruchsberechtigung erweitert wurde). 1982 ging die Zahl der Kreditausreichungen wieder zurück, obwohl die Zahl der "Heiratsfähigen" (Personen im Alter von 18 - 25 Jahren) stark zugenommen hatte.

Trend des Zusammenlebens. Allerdings scheinen sich Einstellungen zu Ehe und Familie, zur Bedeutsamkeit der Ehe als lebenslangem Verbund, zur ehelichen Partnerschaft als der vollkommensten Form gegenseitiger Hilfe und Verantwortung in einem Prozeß der Veränderung zu befinden, der Beachtung erfordert. Die Herausbildung neuer, auf sozialistischer Lebensweise beruhender Einstellungen und Verhaltensweisen zu Ehe und Familie ist offenbar ein widersprüchlicher, problematischer und längerdauernder Vorgang.

## 2. Territoriale Probleme

Aus ökonomischen und demographischen Gesichtspunkten ist die Verteilung der Bevölkerung in bezug auf die Produktivkräfte unseres Landes von starker Bedeutung. Bekanntlich verfügt die DDR über sehr dicht besiedelte und über schwach besiedelte Gebiete. Während die durchschnittliche Bevölkerungsdichte 155 Einwohner je km<sup>2</sup> beträgt, liegt sie in den Nordbezirken - wie noch gezeigt wird - erheblich tiefer als in den südlichen (Ballungs-)bezirken.

Die disproportionale Bevölkerungsstruktur aus der Vergangenheit hatte eine starke Zersplitterung der Besiedlung zur Folge.

Lodenig stellte fest: "Im Zuge der sozialistischen Entwicklung wurde durch den Prozeß der planmäßigen Bevölkerungskonzentration dieser gesellschaftlich uneffektiven Zersplitterung entgegengewirkt".

So reduzierte sich die Zahl der Orte unter 500 Einwohner von rund 6 500 im Jahr 1946 auf rund 3 440 im Jahr 1982; desgleichen sank die Anzahl der Gemeinden von 500 bis unter 1000 Einwohnern von 3 050 auf 2 005. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Städte zwischen 10 000 und 100 000 Einwohnern von 191 auf 206 und die der Städte von mehr als 100 000 Einwohnern von 10 auf 15.

Ursache und Folge dieses Prozesses war auch eine Veränderung der entsprechenden Einwohnerzahlen, die zu einer beträchtlichen Verringerung der Bevölkerung in kleineren Gemeinden und zur Zunahme in Mittel- und Großstädten führte.



Das Wanderungsgeschehen der letzten Jahre hat die Bevölkerungsbilanz vieler Bezirke der DDR sowohl positiv wie auch negativ beeinflußt, was eine Veränderung des quantitativen Arbeitsvermögens mit sich brachte.

Über Veränderungen der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter gibt folgende Tabelle Auskunft:

Binnenwanderungssalden nach Bezirksgruppen 1968 bis 1980  
Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter

Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) in 1 000 Personen

Hauptstadt Berlin	+ 105,1
nördliche Bezirke	- 28,7
davon	
Rostock	+ 4,7
Neubrandenburg	- 22,5
Schwerin	- 10,9
mittlere Bezirke	+ 11,4
davon	
Cottbus	+ 10,2
Frankfurt (Oder)	+ 15,5
Lagdeburg	- 18,3
Potsdam	+ 4,0
südwestliche Bezirke	+ 5,2
davon	
Erfurt	- 6,9
Gera	+ 8,8
Suhl	+ 3,3
Bezirke mit Ballungszentren	- 102,6
davon	
Halle	- 48,0
Leipzig	- 27,3
Dresden	- 10,1
Karl-Marx-Stadt	- 17,2

Schwerpunkte der Zuwanderung bilden Berlin und die Bezirke Frankfurt (Oder), Potsdam, Gera und Suhl, während die Nordbezirke (Ausnahme Rostock), besonders aber die Bezirke mit industriellen Ballungsgebieten die größten Wanderungsverluste aufweisen!

Setzt sich diese Entwicklung fort, so müssen für die letztgenannten Bezirke Arbeitskräfteprobleme entstehen. Dies auch deshalb, weil diese Bezirke ein ungünstiges Bild der Altersstruktur ergeben und somit ein relativ niedriges Niveau der demographischen Reproduktion zu verzeichnen haben.

Resultierend aus einem überdurchschnittlichen Anteil junger Menschen am Wanderungsgeschehen kam und kommt es in Gebieten mit Abwanderung demnach zu einer Vergrößerung des Anteils älterer Bürger, in Zuwachsgebieten hingegen zu einer Verjüngung des Durchschnittsalters (Beispiel: Durchschnittsalter der DDR-Bevölkerung 39,0 Jahre, Durchschnittsalter Rostock = 30,8 Jahre).

Das wird besonders deutlich bei der Veränderung des Anteils der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, und hier vor allem bei der Gruppe der 18- bis unter 30jährigen Personen.

Der Anteil dieser Gruppe an der gesamten Wohnbevölkerung der DDR beträgt 19 %, aber bei den Wandernden 45 %!

Ungeachtet dieser Entwicklungen und möglicher Tendenzen, haben die Ballungsbezirke der DDR insofern hohe Bedeutung, als sich dort auf relativ kleinem Raum ein sehr bedeutender Anteil des materiell-technischen und geistigen Potentials der gesamten Volkswirtschaft konzentriert.

In dieser Hinsicht ist auch an sehr vielfältige Möglichkeiten durch wissenschaftliche Einrichtungen, führende Wirtschaftszweige, aber auch an eine relativ große Auswahl von Berufsmöglichkeiten zu denken, wie weiter unten gezeigt wird.

Die hohe Besiedlungsdichte steht in Verbindung mit einer relativ großen Verstädterung, ebenso auch mit einer hohen Beschäftigtendichte.

Die Forschungsleitstelle für Territorialplanung hat für das Jahr 1981 folgende Kenngrößen ermittelt:

Kenngrößen	Ballungs- gebiete	andere Ge- biete minus DDR-Bal- lungsgebiete	DDR insge- samt
Bevölkerungsdichte Einwohner km <sup>2</sup>	405	114	155
Beschäftigtendichte (Besch./km <sup>2</sup> )	203	53	73
Industriebeschäf- tigtendichte km <sup>2</sup>	82	21	29
Industriedichte (Industriebeschäf- tigte Pers. Markt/km <sup>2</sup> )	9 317	2 163	3 171

Insgesamt entfielen bei einem Flächenanteil von nur 14,1 % am Gesamt-Territorium der DDR

36,8 % der Bevölkerung

37,2 % der Beschäftigten

39,6 % der Beschäftigten in der Industrie

41,4 % der industriellen Bruttoproduktion der DDR

auf die Ballungsgebiete.

Erfasst man die statistisch ausgewiesenen Zweige der Industrie, des Bauwesens und sonstiger Zweige, so ergäbe sich im Hinblick auf Arbeitsmöglichkeiten eine theoretische Höchstzahl von Beschäftigungsmöglichkeiten in 84 Produktionszweigen.

Die tatsächlich erreichte Höchstzahl beträgt 77, und zwar für Berlin, Leipzig und Dresden. Die niedrigsten Werte mit z. T. unter 20 treten hingegen in den Gebieten mit geringster Dichte (Nordbezirke) auf. Hierzu ein Beispiel:

Ein Schulabgänger der 10. Klasse kann in Berlin unter 165 Ausbildungsberufen auswählen; ein Schüler im Kreis Röbel nur unter 29. Das muß bei Motivationen Jugendlicher für Zu- und Abwanderungen mit in Betracht gezogen werden.

### 3. Entwicklung der Wohnverhältnisse

Die großen Anstrengungen und Initiativen der Werktätigen haben zu einer deutlichen Erhöhung des Wohnungsbestandes geführt. 1970 wurden 76 088 Wohnungen (Neubau und Modernisierung) fertiggestellt, 1975 aber schon 140 793. Im Jahr 1980 betrug die Anzahl 169 223 und 1982 waren es bereits 187 053 Wohnungen - davon 122 417 neugebaute und 64 636 modernisierte.

Per 31. Dezember 1981 verfügte die DDR über einen Wohnungsbestand von 6 562 467, darunter 5 % Einraumwohnungen, 33 % Zweiraumwohnungen, 37 % Dreiraumwohnungen. Mit 15 % waren Vierraumwohnungen beteiligt und 7 % der Wohnungen hatten 5 und mehr Räume. In den Jahren 1971 bis 1975 wurden 27 585 000 m<sup>2</sup> neuer Wohnfläche geschaffen; zwischen 1976 und 1980 betrug die neugeschaffene Wohnfläche 34 712 000 m<sup>2</sup>, das bedeutet eine Steigerung von 20 m<sup>2</sup> pro Einwohner im Jahr 1970 auf 24 m<sup>2</sup> 1980, also einen Anstieg von 20 % gegenüber 1970. Im Durchschnitt der DDR kamen 1981 auf jede Wohnung 2,8 Wohnräume.

Die Veränderungen des Wohnungsbestandes gingen - entsprechend territorialer ökonomischer Situationen - unterschiedlich vor sich. Das soll an ausgewählten Beispielen gezeigt werden.

#### Entwicklung der Zahl der Wohnungen und Wohnräume in verschiedenen Bezirken der DDR 1971 zu 1981

Bezirk	Wohnungen insgesamt in 1000		Veränderungen 1971/1981 in %	Wohnräume je Wohnung		Zuwachs
	1971	1981		1971	1981	
Kestock	264	315	119,9	2,7	2,9	+ 0,2
Hauptstadt Berlin	456	520	114,2	2,2	2,3	+ 0,1
Cottbus	298	332	108,9	2,7	2,9	+ 0,2
Leipzig	535	572	105,5	2,9	2,9	± 0
Karl-Marx-Stadt	776	816	103,9	2,4	2,6	+ 0,2

(Quelle: Unveröffentlichtes Material der Staatlichen Zentrverwaltung für Statistik aus "Erste Ergebnisse der VÖWZ 1981")

Auch die Belegungsdichte der Wohnungen hat sich im Zuge dieser Entwicklungen verändert. Das hat seine Ursache sowohl im Zuwachs der Wohnungen, als auch durch eine Zunahme der Zahl der "kleinen" Haushalte - einerseits ausgelöst durch die Verringerung der Mehrgenerationenfamilien, die in verschiedenen Landkreisen noch "typisch" waren, andererseits durch das Bestreben der Jugend, bei Erreichen der Volljährigkeit - (ungeachtet des jeweiligen Familienstandes) einen eigenen Haushalt aufzubauen. Die Wirkungen des Wohnungsbaus zeigen sich dahingehend, daß in allen Territorien nun quantitativ mehr als ein Zimmer pro Person zur Verfügung steht. 1971 waren es 96 Wohnräume pro Person, 1981 111,4 Wohnräume pro Person.

Zu beachten ist aber, daß die Zahl der Wohnungsentwürfe nicht dem Wohnungszuwachs entsprechend reduziert werden konnte.

Das hat verschiedene Ursachen:

Zun. einen die anderweitige Nutzung von Wohnräumen, des weiteren die Aussonderung von Wohnungen wegen Überalterung des Wohnraumbestandes und schließlich höhere Ansprüche und Bedürfnisse im Hinblick auf den Zustand der Wohnungen. Letzteren wird zunehmend durch Modernisierung entgegen gewirkt.

Ein überdurchschnittliches Wachstum des Wohnungsbaus soll sowohl in den Landgemeinden als auch in den Ballungsbezirken den im vorigen Abschnitt aufgewiesenen Abwanderungstendenzen entgegenwirken.

Die Wohnbedingungen sind - wie an anderer Stelle erwähnt - ein wichtiges Kriterium für die Erfüllung des Kinderwunsches. Auch in dieser Hinsicht zeigen sich deutliche Fortschritte. Nach Ergebnissen des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik (1982) besitzen von den Frauen bzw. den Familien mit einem Kind 85 % eine eigene Wohnung; Familien bzw. Mütter mit zwei und mehr Kindern weisen einen Anteil von 95 % an eigenen Wohnungen auf. Untersuchungen des IJ weisen nach, daß von jungen Ehepaaren 92 % nach 4 Jahren eine eigene Wohnung hatten (1981).

Der Bericht des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik weist aber auf ein Problem hin. Hier wird unter anderem ausgesagt: "... Junge Menschen streben früh nach eigenem Wohnraum und wünschen für ihre Kinder in der Regel ein eigenes Zimmer. Die vorhandene Wohnung wird jedoch von einem großen Teil der Familien als zu klein angesehen. Geht man vom Kriterium aus, daß jeweils 2 Kinder ein eigenes Zimmer haben sollten, leben 24 % der Familien mit 2 Kindern und ca. 55 % der Familien mit drei Kindern beengt." (1983, S. 43)

Da neben der Gewährleistung von Krippenplätzen auch die Wohnungssituation zu den objektiven Bedingungen für die Reproduktion der Bevölkerung gerechnet werden muß, verdient dieser Umstand Beachtung.

#### 4. Spezielle Probleme der Arbeitskräfte

In den folgenden Tabellen wird der Stand von 1981 ausgewiesen. Neuere Daten standen hierfür nicht zur Verfügung. Es ist möglich, daß sich inzwischen die Situation etwas verändert hat.

#### Stand und Entwicklung des Schichtsystems in der Volkswirtschaft (Industrie) 1973 - 1981

	Schichtanteile der Produktionsarbeiter in %		
	1. Schicht	2. Schicht	3. Schicht
1973	75,5	15,8	8,6
1976	74,2	16,6	9,4
1979	74,0	16,2	9,8
1981	74,2	16,0	9,8

Wie die Übersicht zeigt, ist die Belegung der 3. Schicht entgegen volkswirtschaftlichen Erfordernissen nur unerheblich angestiegen.

Auch ist die Schichtauslastung der 3. Schicht von Industriezweig zu Industriezweig ziemlich unterschiedlich. So betrug sie 1981 für den Bereich Leichtindustrie 6,1 %, im Gerätebau/Elektronik lag sie bei 5,5 %, in der chemischen Industrie bei 14,3 % und in der Metallurgie bei 18,9 %.

Fluktuationsquote der Arbeiter und Angestellten nach  
 Wirtschaftsbereichen 1970 - 1981 je 1 000 Personen  
 (ausgewählte Bereiche)

Die Fluktuationsquote errechnet sich nach

$$\frac{\text{(Übrigem) Abgang der Arbeiter und Angestellten}}{\% \text{ Zahl der Arbeiter und Angestellten}} \times 1000$$

	1970	1977	1979	1981
Volkswirtschaft g e s a m t		83	75	70
Industrie	104	76	66	64
Bauindustrie	131	110	109	100
Verkehr	119	81	79	67
Post/FM-Wesen	123	62	53	58
Handel	173	127	109	96

Wie ersichtlich, ist die allgemeine Fluktuation gegenüber 1970 teilweise erheblich reduziert. Noch immer gibt es aber zwischen den verschiedenen Industrie- und Ministeriumsbereichen ziemliche Unterschiede, die vermutlich sehr vielfältig - nicht allein durch geltende tarifliche Bestimmungen - verursacht sind.

5. Konsumverhalten der Bevölkerung in einigen Markt Bereichen

Dem steigenden durchschnittlichen Monatsarbeitseinkommen

von 1978 = 977,- Mark über  
 1980 = 1 021,- " auf  
 1982 = 1 066,- "

folgten ein höherer Bargeldumlauf pro Kopf der Bevölkerung von 711,- Mark 1978 auf 751,- Mark 1982;  
 des weiteren erhöhten sich die Spargeldeinlagen der Bevölkerung bei den Kreditinstituten. Ihre Gesamtsumme betrug im Jahr 1982 107 573 Millionen Mark, das sind, verglichen mit 1960 (= 100 %) 615 % (!).

Parallel zu der gestiegenen Einkommenssituation der Einzelpersonen erhöhten sich auch die Haushaltnettoeinkommen pro Monat.

Hierzu zwei Vergleiche:

In der Gruppe 1 800,- bis unter 2 000,- Mark Haushaltne-  
 toeinkommen befanden sich 1970 2,0 %, 1976 6,4 %, 1980 aber 9,6 %  
 Haushalte. Die Einkommensgruppe von über 2 000,- Mark Haushalt-  
 nettoeinkommen erhöhte sich in den gegebenen Zeiträumen von  
 2,0 % über 8,7 % auf 14,5 % (1), während sich die niedrigeren  
 Einkommensstufen (unter 800,- M von 29 % auf 11 %) (unter  
 1 200,- M von 19 % auf 7,8 %) zwischen 1970 und 1980 deutlich  
 reduzierten.

Den gewachsenen Geldeinnahmen der Bevölkerung steht heute auch  
 ein größerer Warenfonds gegenüber, der den wachsenden Bedarf  
 widerspiegelt. Das zeigt sich unter anderem im Pro-Kopf-Ver-  
 brauch an Lebensmitteln und an Genußmitteln. Bereits in der  
 ersten Berichterstattung (1982) und auch in der zweiten (Fe-  
 bruar 1983) wurde darauf ausführlich eingegangen, deshalb wird  
 hier auf weitere Kommentierung verzichtet. Festzustellen ist  
 aber, daß der Pro-Kopf-Verbrauch auf allen Gebieten höher ge-  
 worden ist, daß also das Jahr 1982 diesbezüglich den (vorläu-  
 figen) Höhepunkt darstellt (vgl. Tabelle).

Pro-Kopf-Verbrauch an ausgewählten Lebensmitteln (in kg, Stück)

	1960	1970	1975	1980	1981	1982
Fleisch/kg	65,0	66,1	77,8	89,5	90,7	91,0
Eier/Stück	197	239	269	289	288	301
Käse/kg	3,6	4,6	5,5	7,5	7,8	7,9
Zucker/kg	29,3	34,4	36,8	40,6	40,8	44,0 (1)
Butter/kg	13,5	14,6	14,7	15,2	15,3	15,7

Mit der qualitativen und der quantitativen Erhöhung des Ver-  
 brauchs werden gleichzeitig die bestehenden Probleme zunehmen-  
 der Über- und Fehlernährung aufs neue angezeigt.

Da die Erziehung zu gesunder Lebensweise im Regelfalle im El-  
 ternhaus beginnt (Ernährungsfehler sind oft Erziehungsfehler)  
 sollte diese Seite unseres ökonomischen Fortschrittes durch ge-  
 sundheitsdienliche Argumentationen für Schüler, Jugendliche und  
 Eltern nach wie vor betont werden.



In diesem Zusammenhang muß auch auf den Anstieg beim Verbrauch von Genußmitteln aufmerksam gemacht werden (vgl. Berichterstattung Februar 1983, S. 28). Der zugenommene Verbrauch von Nikotin und Alkohol schließt mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Jugendliche (darunter jene, die unter die Verordnung zum Schutze der Jugend fallen) ein. Die gesellschaftliche Aufmerksamkeit muß deshalb vor allem auf die zielgerichtete Prävention des Rauchens und auf die Unterlassung des Mißbrauches von Alkohol gerichtet werden.

Nachstehender Auszug zeigt den Pro-Kopf-Verbrauch innerhalb bestimmter Zeiträume.

Verbrauch von Genußmitteln pro Kopf der Bevölkerung ab 1970

Jahr	Zigaretten Stück	Wein/Sekt Liter	Bier Liter	Spirituosen Liter
1970	1 257	5,0	95,7	6,6
1975	1 451	7,4	119,7	8,6
1980	1 720	9,6	139,1	12,3
1981	1 645	10,3	140,7	12,6
1982	1 788	9,7	147,0	12,7

Der reale Verbrauch ist aber weitaus höher, da die angegebenen Zahlen die Gesamtheit der Bevölkerung betreffen - also Babys, Kinder sowie alle Nichtraucher und Nichttrinker einschließen. Leider hat sich auch die für 1981 andeutende Reduzierung des Zigarettenverbrauches als eine vorübergehende Erscheinung herausgestellt, denn das Jahr 1982 stellt auch unter diesem Blickpunkt einen Verbrauchshöhepunkt dar.

6. Erkrankungen - Arbeitsunfähigkeit

In diesem Abschnitt soll knapp über einige Fragen aus dem Bereich des Gesundheitswesens informiert werden. Ausführliche Kommentare unterbleiben.

### 6.1. Geschlechtskrankheiten

Im Jahr 1981 wurden 758 Fälle von Frühsyphilis erfaßt. Das sind gegenüber dem Jahr 1980 mit 951 Fällen 20 % weniger.

Je 100 000 der Bevölkerung erkrankten 4,4 Personen an infektiöser Syphilis. Vermehrt ist diese Krankheit in Großstädten zu finden und dort trifft sie wiederum auf die besondere Risikogruppe der Bi- und Homosexuellen. Neu ist, daß 1981 erstmals nach längerer Zeit eine relative Zunahme der Frühsyphiliserkrankung bei Frauen festgestellt wurde.

Was die Gonorrhoe anbetrifft, so ist hier der Krankenstand gegenüber 1980 und 1979 annähernd gleichgeblieben. 1981 wurden 50 302 Neuerkrankungen festgestellt, das sind ca. 300 pro 100 000 der Bevölkerung. Auffällig ist hierbei aber die Zunahme in der Altersgruppe der 15- bis 18jährigen männlichen Personen (von 306 pro 100 000 auf 343). Die höchste Inzidenz liegt aber weiterhin in der Altersgruppe der 18- bis unter 25jährigen; das betrifft sowohl Männer (1 657 pro 100 000 Bev.) als auch Frauen (1 435 pro 100 000 Bev.).

Die Absolutzahlen an neu gemeldeten Geschlechtskrankheiten betragen für Jugendliche

	<u>an Syphilis</u>		<u>an Gonorrhoe</u>	1981
von 15 bis 18 Jahren	33 davon ml. 12		5 177 davon ml. 1 459	
von 18 bis 25 Jahren	325 davon ml. 201		29 803 davon ml. 16 366	
von 25 bis 30 Jahren	156 davon ml. 126		9 395 davon ml. 6 484	

### 6.2. Krebserkrankungen

Seit Beginn der Registrierung (1953) zählte das Jahr 1975 als der bisherige Höhepunkt mit rund 62 000 gemeldeten Neubildungen. Seitdem ist ein geringfügig rückläufiger Trend eingetreten (1979 gegenüber 1975 5,7 % weniger bei Frauen, 6,6 % weniger bei Männern).

Krebsleiden sind vorwiegend Erkrankungen mittleren und höheren Alters. Wichtig ist hierbei die territoriale Differenzierung, denn sie weist auf teilweise erhebliche Unterschiede in den Bezirken hin. Über dem Durchschnitt liegen bei Männern die Bezirke Berlin, Leipzig, Dresden, Frankfurt, Gera, Rostock, Schwerin und

Suhl; unter dem Durchschnitt hingegen Cottbus, Erfurt, Halle, Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Neubrandenburg und Potsdam. Bei den Karzinomen der Frau liegen die Bezirke Berlin, Frankfurt, Cera, Leipzig und Rostock über und die Bezirke Cottbus, Erfurt, Halle, Karl-Marx-Stadt, Neubrandenburg, Potsdam und Suhl unter dem Durchschnitt. Genaue Ursachen der Häufigkeitsunterschiede sind zur Zeit noch nicht erkannt.

Unter den an bösartigen Neubildungen Gestorbenen machen Kinder und Jugendliche - ungeachtet der damit verbundenen Tragik - nur einen sehr geringen Teil aus. Im Jahr 1981 starben 445 männliche Personen im Alter von einem bis zum 30. Lebensjahr an Krebs und 309 Personen weiblichen Geschlechts der gleichen Altersspanne.

### 6.3. Diabetes mellitus

Der Bestand an behandlungsbedürftigen Diabetikern hat sich von 1980 (574 434) um 13 317 Personen im Jahr 1981 erhöht.

Die Diabeteshäufigkeit in der Bevölkerung beträgt nunmehr 3,5 %, allerdings mit deutlichen Geschlechtsunterschieden (bei Männern in der DDR ergibt sich eine Häufigkeit von 2,6 %, hingegen bei Frauen von 4,3 %).

Auffällig sind weiterhin unterschiedliche Zuwachsraten in den verschiedenen Bezirken unseres Landes und in verschiedenen Altersklassen.

In der Altersstufe unter 10 Jahre fällt für das Jahr 1981 der Bezirk Suhl auf, wo auf 100 000 Kinder 26,6 Neuerkrankungen entfallen. Dem stehen gegenüber Bezirk Karl-Marx-Stadt mit 8,8, Leipzig mit 3,1 und Frankfurt (Oder) mit 2,1.

Hinsichtlich der Diabetes-Häufigkeit haben die Bezirke Rostock und Schwerin den niedrigsten Bestand; der Bezirk Karl-Marx-Stadt den höchsten Bestand.

Die Anzahl der Todesfälle infolge Diabetes ist angestiegen von 1979 = 37 311 auf 1981 = 41 912.

Der Bestand an jugendlichen Diabeteskranken betrug am 31.12.1981 bei den 10- bis unter 20jährigen 2 863 und bei den 20- bis unter 30jährigen 6 172.

#### 6.4. Kinder und Jugendliche mit geistigen Störungen

Bis zum 31. 9. 1981 wurden 154 601 Kinder und Jugendliche mit geistigen Störungen erfaßt. Das sind 37,8 je 1 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren!

Mit 53,5 je 1 000 liegt das Maximum in der Altersgruppe 0 bis unter 14 Jahre. Eine der Ursachen könnte darin liegen, daß mit zunehmendem Alter - also von der Einschulung ab und zu späterer Zeit - entwicklungsbeeinträchtigende Einflüsse sich deutlicher in Schulversagen herauskristallisieren und zu Auffälligkeiten führen.

Insgesamt ist seit 1972 ein kontinuierlicher Anstieg des Bestandes der gemeldeten Kinder und Jugendlichen mit geistigen Störungen erkennbar. Das deutet in erster Linie auf eine verbesserte Erfassung und Frühdiagnostik hin, sollte also nicht a priori als objektive Zunahme dieser Störungen gewertet werden.

Unter den Kindern und Jugendlichen mit geistigen Störungen ist eine deutliche Geschlechterdifferenzierung erkennbar. 1981 betrug u. B. der Anteil der männlichen Personen 47,5 pro 1 000 gleichen Geschlechts, hingegen nur 27,7 bei weiblichen Personen. Anders gesehen: Von 154 601 waren 99 468 männlichen, aber nur 55 133 weiblichen Geschlechts.

Der Anteil Jugendlicher von 14 bis 18 Jahren (er stieg von 1973 zu 1981 um 12,3 %) beträgt 43,2 %. Damit sind 46 760 Jugendliche dieser Altersgruppe betroffen, und zwar über 30 000 männliche und über 16 600 weibliche.

Die Förderung und Betreuung schulunbildungsfähiger förderungsfähiger Kinder erfolgte 1981 in 364 Einrichtungen des Gesundheitswesens und des Sozialwesens. Die Zahl der Plätze erhöhte sich gegenüber 1980 um 310 auf 13 464.

#### 6.5. Krankenstand DDR / Krankenstand Jugendliche

In der zweiten Folge unserer Berichterstattung vom Februar 1983 wurde unter anderem mitgeteilt, daß der Krankenstand der Sozialversicherungsfälle 1980 bei 0,26 % lag (vgl. S. 19); 1981 trat hier eine leichte Senkung ein. Gleichzeitig damit verringerte

sich die Dauer der durchschnittlichen Arbeitsunfähigkeit (um 3,2 %).

Zum Vergleich folgende Tabelle:

Arbeitsunfähigkeit und Ausfalldauer

Jahr	AU-Fälle je 10 000 Versicherte	AU-Dauer	Krankenstand %
1974	10 847	15,5 Tage	5,42
1976	12 840	17,2	6,15
1978	12 378	17,5	6,34
1980	12 537	17,0	6,25
1981	12 497	18,7 (1)	6,08

Die Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitsunfähigkeitsdauer trifft nicht zu für Beschäftigte des Gesundheitswesens sowie für die Bereiche der IG Bergbau und Energie!

Auch wäre die allgemeine Fallzahl (von 12 497 je 10 000 Versicherten) noch geringer, hätte sich die Zahl der Arbeitsbefreiungen für Frauen in gleichem Maße verringert wie für Männer. 1981 wurden 67 von 100 Frauen einmal oder mehrere Male arbeitsbefreit (ohne Schwangerschaftsbefreiungen und Entbindungen), im Verhältnis dazu 65,7 Männer. Die relative geringe Differenz zwischen diesen Kennziffern darf nicht über den Umstand hinwegtäuschen, daß die Anzahl der Frauen, die jährlich drei- und viernachmal von der Arbeit befreit werden mußten, absolut und relativ wesentlich größer als die der Männer ist.

Nach wie vor trifft auch das in der vorigen Berichterstattung ermittelte Ergebnis zu, nach dem der Krankenstand in den Kalendermonaten des Jahres sehr unterschiedlich ist, und z. B. für Männer im Februar 1981 6,70 %, im Mai 5,55 %, im August 4,63 %, im Dezember 6,37 % betrug. Für Frauen beträgt die maximale Differenz 7,97 % (März 1981) zu 4,92 (August 1981).

Bezüglich der Arbeitsunfähigkeit der Gruppe der Jugendlichen liegen für 1981 noch keine statistischen Werte vor. Die Angaben von 1980 weisen aber aus, daß die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle bei Jugendlichen im Durchschnitt höher liegt als die bei

Älteren Bürgern, hingegen ist die Krankheitsdauer (durchschnittliche Arbeitsunfähigkeit in Tagen) bei jüngeren Bürgern deutlich geringer als bei älteren (vgl. Tabelle).

Altersgruppe	AU-Fälle je 10 000 Versicherte		durchschnittl. AU-Dauer	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
unter 25 Jahre	15 918	15 327	9,9	11,4
25 bis unter 30 Jahre	14 359	14 735	11,7	13,5
30 bis unter 40 Jahre	11 722	13 059	14,1	15,6
40 bis unter 50 Jahre	10 578	12 445	17,9	19,3
50 bis unter 60 Jahre	10 128	11 015	25,1	27,7

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß Unfälle bei männlichen jugendlichen Personen zwischen 14 und 25 Jahren einen nicht unerheblichen Anteil an den Arbeitsunfähigkeitsfällen einnehmen.

#### 7. Unfälle und Getötete in Straßenverkehr

Der in der zweiten Berichterstattung angezeigte rückläufige Trend in Zahl und Häufigkeit verletzter und getöteter Personen setzte sich zwar auch 1981 fort. In diesem Jahr wurden bei Straßenverkehrsunfällen 40 493 Personen verletzt und 1 699 Personen getötet; das bedeutet, bezogen auf 100 000 der Bevölkerung, 10 Getötete und 242 Verletzte. Nach Mitteilung der HA Verkehr der VP hat aber das Unfallgeschehen gegenüber 1982 in dem Zeitraum Januar - September 1983 wieder zugenommen (ND vom 26. 10. 1983).

Dem bisherigen Rückgang gegenüber den Vorjahren stand 1981 ein Häufigkeitsanstieg bei den getöteten Personen in der Altersgruppe 14 - 18 Jahre gegenüber! Ebenfalls angestiegen ist die Häufigkeit bei Verletzten der Altersspanne von 6 - 18 Jahren und bei den Getöteten im Alter von 18 - 25 Jahren; hierbei handelt es sich vornehmlich um Kleinkraftfahrer.

Die Bilanzen 1970, 1977, 1979 und 1981 sehen folgendermaßen aus:

Verletzte und Getötete Kleinkrafttradfahrer ges.  
 je 10 000 zugelassene Kfz

	Verletzte	Getötete	Kfz-Bestand/Mill.
1970	40,5	1,2	1,7
1977	62,9	1,8	1,6
1979	63,0	1,8	1,6
1981	63,6	1,6	1,6

Verletzte und getötete Jugendliche mit Kleinkrafttrad  
 je 100 000 entspr. Bevölkerung

	Verletzte	Getötete
<u>Altersgruppe 14 - 15 Jahre</u>		
1977	370	7,6
1979	392	8,1
1981	402	9,9
<u>Altersgruppe 18 - 25 Jahre</u>		
1977	147	4,3
1979	150	4,0
1981	154	4,4

Nach wie vor sind männliche Jugendliche besonders gefährdet. Verkehrsunfälle haben bei männlichen Jugendlichen - gemessen an den Gesamt-Unfallziffern - die höchste Sterbeziffer. Der Verlust an Lebensjahren durch Unfall-Sterblichkeit - verglichen mit dem Gesamtverlust durch Sterblichkeit - beträgt in der Gruppe der 15- bis 25jährigen 55 %.

Im Hinblick auf die Anteile der Jugendlichen an Insgesamt der Verkehrsunfälle mit Verletzungen und Tod zeigte sich 1981 folgendes Bild:

Verletzte und Getötete je 100 000 Bev. nach Altersgruppen 1981  
(Auszug)

<u>Altersgruppe</u>	<u>verletzt</u>	<u>getötet</u>
unter 6 Jahre	80,1	2,8
6 bis unter 10 Jahre	202,7	4,7
10 bis unter 14 Jahre	146,5	3,2
<u>14 bis unter 18 Jahre</u>	<u>653,7</u>	<u>18,2</u>
<u>18 bis unter 25 Jahre</u>	<u>578,3</u>	<u>22,4</u>
25 bis unter 40 Jahre	237,4	8,7
40 bis unter 50 Jahre	173,2	7,0

Durch Straßenverkehrsunfälle entstehen

- Einbuße an Leistungsfähigkeit, teilweise veränderte Lebensbedingungen
- Verlust an gesellschaftlichen Arbeitsvermögen
- hohe gesellschaftliche Aufwendungen zur Wiederherstellung der Gesundheit
- persönliche Tragik und Einbuße an Lebensfreude.

Das erfordert erneut den Einsatz aller Erzieherkräfte und der Öffentlichkeit, um wirksam zur Unfallverhütung beizutragen!

8. Bevölkerungsprognosen

Aus ökonomischen und demographischen Gründen ist die weitere Entwicklung der Bevölkerung unseres Landes - vor allem im Hinblick auf das zur Verfügung stehende gesellschaftliche Arbeitsvermögen - von Interesse.

Den hier folgenden Voraussagen liegen Berechnungen der Hochschule für Ökonomie - basierend auf dem Ausgangsstand vom 31. 12. 1982 - zugrunde. Sie stellen - ihrem Charakter nach - Richtwerte dar.



3.1. Zur Entwicklung der Gesamtbevölkerung der DDR

Die gesamte Bevölkerung wird sich in den nächsten beiden Jahrzehnten nicht wesentlich verändern. Bis zu Beginn der 90er Jahre wird sie etwas zunehmen, danach ist mit einem Rückgang zu rechnen, der sich auch über das Jahr 2 000 fortsetzen wird.

Wie die folgende Übersicht ausweist, wird sich die Zahl der männlichen Personen erhöhen, die der weiblichen Personen sinkt dagegen. Damit wird eine weitere Normalisierung der Geschlechterstruktur (auch innerhalb des arbeitsfähigen Alters) eintreten.

Entwicklung der Gesamtbevölkerung (in 1 000 Personen)

Jahr	insgesamt	davon männlich	weiblich
1982	16 702	7 862	8 840
1985	16 754	7 939	8 814
1990	16 830	8 073	8 764
2000	16 763	8 182	8 580
2005	16 735	8 208	8 526
2010	16 709	8 217	8 492

Innerhalb der Gesamtentwicklung wächst zunächst die Zahl der Personen im arbeitsfähigen Alter. (Dieser Prozeß ist seit 1974 zu beobachten.)

Der Anteil der arbeitsfähigen Bürger (gerechnet bis zum Erreichen des Rentenalters) wird weiter zunehmen bis zum Jahr 1986. Dann erreicht er einen vorläufigen Höhepunkt mit 10 853,4 Tsd. Personen. Nach einem zwischenzeitlichen Rückgang (1990 = 10 800,4 Tsd.) folgt ein neuer Anstieg bis 1998. Der nun folgende Rückgang bis zum Jahr 2000 wird allerdings gering sein - die Zahlen liegen auch dann noch über denen des Jahres 1982. Erst im Jahr 2015 wird diese Ausgangsbasis unterschritten werden.

Die folgende Übersicht zeigt in Auszügen die Entwicklung an:  
Entwicklung der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter in 1 000.

Der Berechnung liegt zugrunde: Männer im Alter von 15 bis 65 Jahre zuzüglich 5/12 der 14- bis unter 15jährigen; Frauen von 15 bis unter 60 Jahre zuzüglich obiger Anteile

Jahr	Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter		% der Gesamtheit Bevölkerung
	Männer	Frauen	
1982	5 441	5 243	64,0
1985	5 578	5 258	64,7
1990	5 636	5 164	64,1
1995	5 689	5 164	64,5
2000	5 736	5 095	64,6
2005	5 683	5 128	64,6
2010	5 656	5 152	64,7
2020	5 488	4 854	63,8

### 8.2. Zur Geburtenentwicklung

Die großen Schwankungen, über die weiter vorn berichtet wurde, werden künftig nur etwas abgeschwächerter sein. (Die Geburtenzahl wird bestimmt durch die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter und auch durch die Altersstruktur. Zahl und Struktur der Frauen im gebärfähigen Alter (von 14 bis 45 Jahren) verändern sich auch in Zukunft.) Bei angenommenem gleichen Fruchtbarkeitsniveau würde sich die Zahl der Geborenen zwischen 1982 (= 240 Tsd.) und 1985 (= 252 Tsd.) erhöhen, danach aber ständig geringer werden - etwa bis zum Jahr 1998 mit einem Geburtenstand von 197,3 Tsd.

Zu einem erneuten Geburtenanstieg würde es danach etwa nach dem Jahr 2000 kommen - also zu dem Zeitpunkt, an dem wieder geburtenstärkere Jahrgänge in das reproduktive Alter kommen.

Über die voraussichtliche Entwicklung der Geburten - das heutige Kinderwunschniveau immer vorausgesetzt - informiert die folgende Tabelle.

Entwicklung der Zahl der Lebendgeborenen (in 1 000)

Jahr	Geborene	Jahr	Geborene
1982	240	1993	215
1985	252	1996	199
1988	245	2000	200
1990	236	2010	219

8.3. Zur Entwicklung Jugendlicher in den kommenden Jahren

Im Hinblick auf diese demographischen Gruppen sind für die Folgejahre ziemliche Schwankungen zu erwarten. Diese haben mit Sicherheit Auswirkungen auf die Berufsausbildung und die Facharbeiterzugänge, ebenso auf die Anteile der zum Studium vorgesehenen Jugendlichen, auf die Zahl der Wehrpflichtigen und auch auf den Bestand bzw. die Mitgliederzahl in der sozialistischen Jugendorganisation.

Gegenwärtig verfügen wir über relativ starke Jahrgänge im Alter des Abschlusses der 10. Klasse der polytechnischen Oberschulen, der Berufsausbildung und der Abiturienten. Sie sind auf das Geburtengeschehen der 60er Jahre zurückzuführen.

In mittelfristiger Zukunft wird der gegenwärtige Umfang der genannten Gruppen nicht wieder erreicht.

Zunächst wird die vorhersehbare Entwicklung der Jugendlichen im schulpflichtigen Alter (7 bis unter 16 Jahre, zuzüglich 5/12 von 6 bis 7 Jahren und 7/12 von 16 bis unter 17 Jahren) sowie die Zahl der Abgänger mit Abschluß 10. Klasse (5/12 von 16 bis unter 17 und 7/12 von 17 bis unter 18 Jahren) gezeigt.

Entwicklung von Jugendlichen im schulpflichtigen Alter und der Absolventen der Klasse 10 POS (in 1 000)

Jahr	im schulpfl. Alter	Abschluß 10. Klasse
1982	2 132	267
1985	2 049	235
1990	2 198	174
1995	2 414	227
2000	2 340	246
2005	2 100	239

Nach dem Rückgang der Schüler zwischen 1982 und 1985 erfolgt ein deutlicher Anstieg, der seinen Höhepunkt zwischen 1995 und 1996 haben wird.

Die darauf folgende fallende Tendenz erreicht im Jahr 2010 ein Niveau, das deutlich unter dem Durchschnitt der vorangegangenen Werte liegt.

Was die Abgänger der Klassen 10 anbetrifft, so gehen diese mit ziemlicher Kontinuität zurück, erreichen in ca. 8 Jahren (1990) ihren Tiefstand und steigen in den darauf folgenden Jahren wieder an. Der Gipfel wird dann um das Jahr 2000 erreicht sein - allerdings mit einem Unterschied von minus 20 000 gegenüber 1982.

#### 3.4. Jugendliche mit Abschluß der Berufsausbildung bzw. der Erweiterten Oberschulen

Auf die Problematik der künftigen Entwicklung bei Jugendlichen, die ihre Berufsausbildung abschließen bzw. ihr Abitur ablegen, wurde schon in mehreren Berichten hingewiesen. Schon seit 1980 wird die rückläufige Bewegung deutlich. Bereits 1985 muß mit rund 33 000 weniger Jungfacharbeitern bzw. EOS-Absolventen gerechnet werden als 1982. In zehn Jahren (1992) wird hier der Tiefpunkt erreicht sein. Dann haben wir - gegenüber dem Jahr 1982 - 113 100 Jugendliche weniger, die ihre Lehre abschließen werden bzw. aus der EOS entlassen werden. Das hat erhebliche Konsequenzen für die künftige anteilmäßige Zusammensetzung der Lehrlinge in den Berufszweigen bzw. den Bereichen der Volkswirtschaft.

Über die vorhersehbare Entwicklung informiert die folgende Tabelle:

Entwicklung der Jugendlichen, die im angegebenen Jahr ihre Berufsausbildung abschließen werden bzw. die Erweiterte Oberschule verlassen (5/12 von 18 bis unter 19 und 7/12 von 19 bis unter 20 Jahren) in 1 000 Jugendl.

Jahr	Abschluß der Berufsausbildung bzw. der Erweiterten Oberschulen	Lehrl./Schüler
1982		287
1985		254
1988		231
1990		214
1992		174
1995		200
1997		233
2000		238
2005		245

Analog der eben gezeigten Verläufe ist auch mit einer sehr deutlichen Veränderung beim Anteil derjenigen Jugendlichen zu rechnen, die in den Folgejahren durch die Berufsausbildung gehen bzw. Schüler der EOS sein werden. (Die Daten erfassen hier jene Gesamtheit der Jugendlichen von 17 bis unter 18 Jahre, zusätzlich 5/12 der 16- bis unter 17jährigen und 7/12 der 18- bis unter 19jährigen.) Diese Zahl nimmt bereits seit 1980 ab; die rückläufige Bewegung beschleunigt sich aber ab 1988 bedeutend. Sie erreicht im Jahr 1991 ihr niedrigstes Niveau. In diesem Jahre werden sich 196 600 Jugendliche weniger in den entsprechenden Ausbildungseinrichtungen befinden als 1982! Erst nach 1995 erreicht der Umfang dieser Altersgruppe wieder Werte, die im Durchschnitt der letzten Jahre liegen. Die entsprechenden Ausbildungseinrichtungen werden demzufolge quantitativ - auf das Ganze gesehen -, geringer gefordert, was vermutlich auch eine niedrigere Klassenfrequenz bzw. eine geringere Frequenz der in der Berufsausbildung Auszubildender mit ihren Vorteilen (stärkeres individuelles Eingehen) zur Folge hat. Konsequenzenreicher aber sind die eingeschränkteren Möglichkeiten der Betriebe im Hinblick auf den Facharbeiter-  
nachwuchs.

Entwicklung der Zahl der Jugendlichen in der Berufsausbildung bzw. in den EOS in 1 000

Jahr	männliche Jugendliche	weibliche Jugendliche	insgesamt
1982	280,2	266,1	546,3
1985	244,9	232,8	477,7
1988	227,4	216,9	444,3
1990	185,0	170,7	361,7
1991	178,8 (1)	170,9 (1)	349,7 (1)
1993	196,0	187,1	383,1
1995	229,6	218,8	448,4
2000	248,6	236,0	484,6
2005	247,6	234,7	482,3

Im Gefolge dieser Entwicklung wird demzufolge der Anteil der jüngeren Altersgruppen innerhalb der arbeitsfähigen Bevölkerung zurückgehen. Diesem Rückgang steht im Verlaufe der Entwicklung eine Zunahme der Frauen und Männer im mittleren Alter gegenüber. Auch der Anteil der älteren Personen an der arbeitsfähigen Bevölkerung erhöht sich bis zum Jahre 2000.

An dieser Entwicklung ist aber folgendes interessant:

Während sich die Zahl der weiblichen Arbeitsfähigen (im mittleren und höheren Arbeitsalter) nur geringfügig ändert, ist bei Männern mit einer deutlichen Zunahme zu rechnen. Sie erfolgt relativ rasch - von 1,5 Millionen 1980 auf fast 2 Millionen 1989. Dadurch erhöht sich die Gesamtzahl der Personen in dieser Altersgruppe im angegebenen Zeitraum von etwa 3 Millionen auf 3,7 Millionen.

Wie die folgende Tabelle ausweist, gewinnt die Gruppe der älteren Werktätigen insofern an Bedeutung. Problematisch ist jedoch, daß sich in ihr die Zahl der Werktätigen im Vorrentenalter befindet.

Zur knappen Übersicht wird abschließend eine Zusammenfassung der Anteile von Altersgruppen an der arbeitsfähigen Bevölkerung gegeben.



9. Verwendete Quellen; Passagen teilweise wörtlich übernommen

- Statistisches Taschenbuch der DDR, Staatsverlag, Berlin 1983
- Mohs, G.: Zur Erschließung von Leistungs- und Effektivitätsreserven durch Verbesserung der territorialen Organisation des Reproduktionsprozesses innerhalb von Bezirken und Kreisen.  
In: Informationen des Wissenschaftlichen Rates für Fragen der Standortverteilung der Produktivkräfte, Heft 1/1983
- Scherf, K.: Regionale Entwicklungspotenzen und -probleme der Ballungsgebiete der DDR.  
In: Informationen des Wissenschaftlichen Rates für Fragen der Standortverteilung der Produktivkräfte, Heft 1/1983
- Autorenkollektiv: Das Gesundheitswesen der DDR, Berlin 1982
- Casper, W.: Die Unfallsituation in der DDR unter sozialhygienischer und ökonomischer Sicht.  
In: Zeitschrift für Ärztliche Fortbildung, Berlin, 75/1981
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR:  
Kennziffernsammlung zur Sozialstatistik, Berlin 1982  
Die Jugend in der DDR - Stat. Übersichten 1982, 1983  
Die Frau in der DDR - Stat. Übersichten 1982
- W. Speigner/E. Strohbach: Zur natürlichen Reproduktion der Bevölkerung.  
In: Protokolle und Informationen des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demographie, 1983
- Autorenkollektiv der Hochschule für Ökonomie: Tendenzen der Bevölkerungsreproduktion - Ergebnisse der Bevölkerungs-, Familien- und Sozialpolitik, Berlin 1983
- Ledenig, W.: Territoriale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung der DDR in den 80er Jahren.  
In: Konferenzband des Wissenschaftsbereiches Arbeitsökonomie der Hochschule für Ökonomie, Berlin 1983
- Nixdorff, W.: Entwicklungsprobleme im Bereich der Kinder- und Schülersamtheiten, besonders unter dem Aspekt demographischer Prozesse und langfristiger Planung im Volksbildungswesen. Information der APW Berlin 1982
- Strohbach, E. u. a.: Die künftige Bevölkerungsentwicklung der DDR, unveröffentlicht, Berlin 1983
- Speigner, W.: Vortragsmanuskript zur Ratstagung des Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demographie, September 1983